

STEFAN SJÖBERG

## Kollektive Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand

In der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung war die Wirtschaftsdemokratie stets eine Kernfrage. Je nach gesellschaftlich-historischem Kontext, Land und Tradition wurde sie in unterschiedlicher Form gestellt. Insgesamt kann gesagt werden: »Wirtschaftsdemokratie wird unter zwei zentralen Perspektiven aufgefasst: *erstens* einer Perspektive überbetrieblicher Strukturen für Eigentum an Produktionsmitteln und Steuerung derselben und *zweitens* einer starken, von unten ansetzenden Perspektive, die auf demokratische Organisation, Selbstbestimmung und Einfluss abzielt.«<sup>1</sup>

Zur Wirtschaftsdemokratie gelangen wollte die Arbeiterbewegung in ihrer Geschichte auf zweierlei Wegen; man kann sie Paritätsprinzip und Eigentumsprinzip<sup>2</sup> oder Mitbestimmungslinie und Eigentumslinie nennen. Die Mitbestimmungslinie war dominant in der Sozialdemokratie; sie entspricht dem klassischen Reformismus, der die Funktionen und Rechte, die aus dem Kapitaleigentum hervorgehen, einschränken will, ohne die grundlegenden kapitalistischen Eigentumsverhältnisse selbst zu verändern.

Die Linke und die sozialistische Arbeiterbewegung kritisierten diese strategische Linie vom marxistischen Standpunkt aus. Argumentiert wird dabei: Wenn man wirklich Wirtschaftsdemokratie – mit demokratischer Steuerung der Wirtschaft, realer Macht und realen Einfluss der Arbeiter sowie gleichmäßiger Verteilung der produzierten Erlöse – erreichen will, dann wird das nicht möglich sein, ohne den geheiligten Kern des Kapitalismus zu ändern, nämlich: das Privateigentum an Produktionsmitteln und Kapital.

Ab und an wurde die Eigentumslinie auch in der Sozialdemokratie vertreten. Beispiele boten (West)Deutschland und Schweden in den 1970er Jahren, als die Strategien der kollektiven Vermögensbildung bzw. der Arbeitnehmerfonds verfochten wurden, um Wirtschaftsdemokratie zu erreichen.

### *Die Frage der kollektiven Vermögensbildung zwecks Wirtschaftsdemokratie in Deutschland*

Ausgangs der 1950er Jahre sprachen Theoretiker aus dem Umfeld von DGB und SPD von kollektiver Vermögensbildung seitens der Arbeitnehmer als Weg zur Änderung der grundlegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse im Sinn der Wirtschaftsdemokratie. Vorkämpfer der Vermögensbildungs-Strategie war Bruno Gleitze, ein dem DGB nahe stehender Ökonom. Seine Ideen müssen in den historischen sozialökonomischen Zusammenhang gestellt werden, jenen

Stefan Sjöberg – Jg. 1967; Dr. der Soziologie, Universität Uppsala; Dozent an der Universität Stockholm; Sekretär des Zentrums für Marxistische Gesellschaftsstudien, Stockholm; Koordinator eines Projektes zur Wirtschaftsdemokratie, Transform!/GUENGL, Brüssel.

Neuere Publikationen: Power and Ownership (mit Johann Lönnroth, Lisa Rasmussen und Camilla Sköld Jansson), Swedish Left Party, Stockholm 2002; Löntagarfondsfrågan – en hegemonisk vändpunkt. En marxistisk analys, Universitetsyckeriet, Uppsala 2003; Kollektivfonds als eine Strategie für die Wirtschaftsdemokratie. Lehren aus der Geschichte der Schwedischen »Arbeitnehmerfonds« für die Zukunft, in: Sozialismus, Hamburg, Heft 5/2004; Die Schwedi-

sche Linkspartei: wirtschaftsdemokratische Positionen, in: Michael Brie, Cornelia Hildebrandt (Hrsg.): Für ein anderes Europa. Linke Parteien im Aufbruch, Texte 19 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2005.

Der vorliegende Text entstand mit Unterstützung eines Forschungsstipendiums der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin. Eine erweiterte Fassung hat der Autor auf der Konferenz »Wirtschaftsdemokratie – eine Kernfrage für die europäische Linke des 21. Jahrhunderts?«, die am 7. und 8. Dezember 2004 als eine gemeinsame Veranstaltung der Fraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament und der Netzwerke »Transform!« und EURED im Europäischen Parlament in Brüssel stattgefunden hat, vorgetragen.

1 Johann Lönnroth, Stefan Sjöberg, Camilla Sköld Jansson, Lisa Rasmussen: Vänstern, ägandet och makten, Stockholm 2001, S. 10 (Power and Ownership, Swedish Left Party, Stockholm 2002).

2 Horst-Udo Niedenhoff: Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1979, S. 60 f.

3 Michael Take: Die Arbeitnehmerfonds in Schweden, Frankfurt/Main 1988, S. 117 f.

4 Bruno Gleitze: Sozialkapital und Sozialfonds als Mittel der Vermögenspolitik, in: WWI-Mitteilungen. Zeitschrift des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes, 1/1969.

5 Zu dieser Diskussion siehe u. a. Rudolf Jettmar:

spezifisch westdeutschen Bedingungen der Nachkriegszeit. Nach dem Krieg wurde die private Kapitalakkumulation durch wirtschaftspolitische Maßnahmen unterstützt. Daraufhin konzentrierten sich Kapital und Reichtum zunehmend in wenigen Händen. Eingangs der 1960er Jahre besaßen 1,7 % der Bevölkerung 70 % der Produktionsmittel.<sup>3</sup>

Der Gleitze-Plan wurde zunächst 1957 unterbreitet.<sup>4</sup> Gleitze hinterfragt den Fakt, dass der durch Eigenfinanzierung in der Industrie erzielte Vermögenszuwachs den Kapitaleignern zufließt. Diese Kapitalakkumulation und -konzentration in wenigen privaten Händen verhindert eine Kapital- und Vermögensbildung seitens der Arbeitnehmer. Gleitze meint, dieses Problem sei allein durch aktive Lohn- und Steuerpolitik nicht zu lösen. Er empfiehlt eine Vergesellschaftung der Kapitalakkumulation durch den Aufbau gewerkschaftlich kontrollierter »Sozialfonds«. Von Großunternehmen erzielte Profite sollten zu einem bestimmten Anteil an die Sozialfonds transferiert werden. Mittels dieser überbetrieblichen Fonds sollten die Arbeitnehmer an der Kapitalakkumulation in der Großindustrie beteiligt werden. Das Fondssystem sollte sich nur auf Großunternehmen erstrecken, weil sich die Akkumulation von Kapital und Macht dort konzentrierte. Die Arbeitnehmer sollten individuelle, längerfristig unverkäufliche Fondsanteile erhalten, um zu garantieren, dass sich das Kapital nicht wieder bei den Großeigentümern konzentrierte.

Dieser Vorschlag war der Ausgangspunkt für eine lebhaft diskutierte Diskussion über die kollektive Vermögensbildung und den Aufbau von Fonds sowohl in Deutschland als auch später in Schweden. Während der 1960er Jahre wurden Gleitzes Ideen z. B. von einer Arbeitsgruppe im DGB zum »Buttner-Plan« sowie von bedeutenden Theoretikern des DGB wie Wilfried Höhnen und Gerhard Leminsky verarbeitet.<sup>5</sup>

Eingangs der 1970er Jahre kamen DGB und SPD zu ersten Entschlüssen. Im Juni 1972 beschloss der Berliner DGB-Kongress auf mehreren Anträgen beruhende Vorschläge zur kollektiven Vermögensbildung. Erklärt wurde: »Die Arbeitnehmer aller Bereiche sind durch ein überbetriebliches System der Ertragsbeteiligung am Produktionsvermögen angemessen zu beteiligen.« Und in einem anderen Antrag: »Diese gewerkschaftliche Vermögenspolitik hat zum Ziel, die in der Bundesrepublik herrschende Vermögenskonzentration und die damit verbundenen einseitigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtpositionen zu beseitigen.«<sup>6</sup>

Ein vom Kongress angenommener Antrag des Bundesvorstands forderte, die Arbeitnehmer am Kapitalzuwachs in den Unternehmen zu beteiligen. Dazu wird vorgeschlagen, Vermögensbildungsfonds mit zwei Hauptzielen aufzubauen: *erstens* einem Umverteilungsziel, um die Lohnpolitik zu ergänzen und die Ungleichverteilung von Vermögen und Anteil am gesellschaftlichen Produkt zu korrigieren; und *zweitens* dem gesellschaftspolitischen Ziel, der Konzentration von Macht, Eigentum und Vermögen im Unternehmen seitens der großen Kapitaleigner entgegen zu wirken. Ein bestimmter Anteil (4 bis 15 %) am Jahresgewinn von Großunternehmen sollte auf regionaler Basis in Aktien an die Fonds transferiert werden. Zur Begründung hieß es, wenn die Gewinnanteile in Aktien- statt in Geldform transferiert würden, werde die Liquidität der Unternehmen

nicht beeinträchtigt. Die Fonds sollten von den Arbeitnehmern kontrolliert werden, die öffentliche Hand dabei auch repräsentiert sein. Die Fondsdelegierten sollten von allen Fondsanteilbesitzern bestimmt werden. Ihre Räte sollten dann einen Aufsichtsrat ernennen, der zu einem Drittel aus Vertretern der öffentlichen Hand bestehen werde.

Alle Fondseigner sollten ihren Anteilen entsprechende Zertifikate erhalten. Für den Umgang mit den Zertifikaten nannte der Kongress zwei Alternativen: Bei der ersten sollten sie nur in Ausnahmefällen einlösbar sein, bei der zweiten nach zehn Jahren auf dem Aktienmarkt verkauft werden können. Obwohl auf diese Alternativen hingewiesen wurde, wird die erste in der Begründung bevorzugt: Die verteilungs- und die gesellschaftspolitischen Ziele der Vermögenspolitik könnten nur auf dem Wege über grundsätzlich ewige Sperrfristen erreicht werden.<sup>7</sup>

Der DGB hatte nun eine Grundsatzentscheidung für Fonds getroffen, und die SPD musste dazu Stellung beziehen. Auf dem Parteitag in Saarbrücken 1970 wurde ein Antrag des Vorstands zur Vermögensbildung angenommen. Er betraf Investmentfonds in dezentralisierten Formen unter öffentlicher Kontrolle, die genutzt werden könnten, um Arbeitnehmer am Kapitalzuwachs zu beteiligen und die ungerechte Kapital- und Eigentumsstruktur zu verändern.<sup>8</sup>

1971 beschloss der Bonner Parteitag, eine Vermögenskommission zu wählen. Er ging davon aus, dass das dritte Vermögensbildungsgesetz unzureichend war und dass andere Maßnahmen notwendig waren, um die Arbeitnehmer am Kapitalzuwachs zu beteiligen. Im Juni 1972 erklärte der SPD-Vorstand, die Verwirklichung der Mitbestimmung beseitige nicht die ungerechte Vermögensverteilung in unserer Wirtschaft. Sie ersetze deshalb nicht die Forderung nach einer stärkeren Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen.<sup>9</sup> Wieder wurden dezentralisierte, von den Arbeitnehmern kontrollierte Fonds vorgeschlagen. Im selben Jahr befand der Dortmunder Parteitag, das 3. Vermögensbildungsgesetz sei gut für die Arbeitnehmer, jedoch das Eigentum an Produktionsmitteln sei noch immer im Besitz einer kleinen Schicht.<sup>10</sup>

1973 bezog dann der ordentliche Parteitag der SPD in Hannover eine Position, die dem Kongressbeschluss des DGB von 1972 sehr nahe kam.<sup>11</sup> Beschlossen wurde eine aufgrund eines Berichts der Vermögenskommission ausgearbeitete Empfehlung für Fonds. Festgestellt wurde, dass das Eigentum am Produktivvermögen sich noch immer in relativ wenigen Händen befinde. Zu den Zielen sozialdemokratischer Politik gehöre es, die Arbeitnehmer am wachsenden Produktivvermögen der Wirtschaft zu beteiligen und auch auf diese Weise zur Demokratisierung der Wirtschaft beizutragen. Großunternehmen sollten einen Teil des Gewinns einem zentralen Fonds überweisen, der dann die Anteile an regionale Fonds zu vergeben habe. Die Kapitalzufuhr sollte nicht in Geld erfolgen, weil nicht die Einführung einer neuen Steuer, sondern eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen beabsichtigt sei. Die Anteilseigner, d. h. die Arbeitnehmer, sollten eine Vertreterversammlung einberufen, die einen Verwaltungsrat zu wählen habe; dieser solle zu einem Drittel die öffentliche Hand repräsentieren. Die Anteilseigner würden Zer-

Vermögensbildung – eine Standortbestimmung, Berlin 1980, S. 46 f.; Das Mitbestimmungsgespräch, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, 2-3/1978; \_ke Wredén: Kapital till de anställda, Stockholm 1976, S. 80; sowie Rolf Eidem, Rolf Skog: Löntagarmakt i Västeuropa, Stockholm 1980.

6 Deutscher Gewerkschaftsbund, Protokoll des 9. Ordentlichen Bundeskongresses, Berlin 1972.

7 Vgl. Ebenda.

8 Vgl. Materialien zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand – Thesen, Pläne, Gesetze. Dritte Folge: 1968 bis 1973, zusammengestellt und eingeleitet von Dr. Günter Halbach, Bonn 1973, S. 44 f.

9 Vgl. Ebenda, S. 108.

10 Vgl. Ebenda, S. 146.

11 Vgl. Vermögensbildung, Parteitag Hannover 1973, Vorstand der SPD, Bonn 1973.

tifikate erhalten, die nach sieben Jahre zu Geld gemacht werden könnten. Das Fondsvermögen sei dazu gedacht, zur Stimulierung von Infrastruktur-Investitionen verwendet zu werden.

Dieser Beschluss bedeutete, dass der gewerkschaftliche und der politische Teil der Sozialdemokratie nun vereint für die Grundzüge eines kollektiven Fondssystems zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand eintraten. Gleichzeitig gab es bei den sozialdemokratischen Akteuren innere Spaltungen. Im DGB war eine starke Minderheit gegen die Vermögensbildungsfonds, und die wichtigste Gegenstimme erhob die IG Metall. Sie bezog die Position, dass kollektive Vermögensbildung in Fonds durch Gewinnbeteiligung den Kampf für höhere Löhne und erweiterte Mitbestimmung schädigen könne. Die IGM war der Ansicht, die Ziele der Vorschläge für eine kollektive Vermögensbildung wären besser durch eine aktive Lohn- und Steuerpolitik und den Kampf für die Mitbestimmung zu erreichen.<sup>12</sup>

Für die dem entgegen stehende sozialdemokratische Opposition kann das Beispiel der Jungsozialisten stehen. Sie erklärten 1970 auf ihrem Kongress, dass Vermögenspolitik, Steuerpolitik und Mitbestimmungspolitik untrennbar miteinander verbunden seien. Eine Änderung der skandalösen Vermögensverteilung könne nur durch überbetriebliche Gewinnbeteiligung erreicht werden.<sup>13</sup> Daher empfahlen sie ein kollektives Fondssystem ohne individuelle Zertifikate.

Die SPD-Führung stand nun vor der Aufgabe, sich mit den verschiedenartigen Kritiken innerhalb der Sozialdemokratie zu beschäftigen und zugleich in einer Regierungskoalition mit der liberalen FDP zu wirken. Die FDP hatte zur Vermögensbildung die Position, dass die Fonds in Geldform, mit nach drei Jahren verkäuflichen individuellen Anteilen, aufgestellt und so in den Finanzmarkt einbezogen werden sollten. Die FDP verlangte auch Sicherheit für das Privateigentum und die alten Kapitaleigner.<sup>14</sup>

Die CDU unterbreitete ebenfalls Vorschläge zur Vermögensbildung. Sie war für persönlich verfügbares Miteigentum am Produktivvermögen und gegen Kollektiveigentum,<sup>15</sup> d. h. für *individuelle* Arbeitnehmeranteile an Gewinnen und Kapital. Die schärfste Kritik an der kollektiven Vermögensbildung übte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Sie sah darin Bestrebungen des DGB zur Syndikalisierung der Wirtschaft, und sie meinte, dass diese Fonds durch eine solche Zwangsübertragung in absehbarer Zeit sogar zu Mehrheitseigentümern werden würden.<sup>16</sup>

Zur Zeit der DGB- und SPD-Vorschläge von 1972/73 wurden die Vermögensbildungsfonds also von bourgeoisen Akteuren wie auch von Akteuren innerhalb der Sozialdemokratie selbst kritisiert. Die zusammen mit der FDP regierende SPD-Führung hatte einen schwierigen Balanceakt zu vollbringen. 1974 entschied sich die Koalitionsregierung für einen Vorschlag, der grundsätzlich von denjenigen des DGB und der SPD abwich und eher dem Freiburger Programm der FDP entsprach.<sup>17</sup> Dieser Vorschlag bedeutete, dass die DGB-interne, von der IG Metall angetriebene Opposition gestärkt wurde, und der neue Kanzler Helmut Schmidt erklärte im Frühjahr 1974, dass er nicht implementiert werde.<sup>18</sup>

In der deutschen Diskussion um kollektive Vermögensbildungsfonds zwecks Wirtschaftsdemokratie trat danach Stille ein. Oder

12 Vgl. Winfried Fuest, Edmund Hemmer, Simon Strasser: Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Eine Dokumentation, Köln 1997, S. 57.

13 Vgl. Ebenda, S. 70.

14 Vgl. Ebenda, S. 47 u. 91.

15 Vgl. Ebenda, S. 32.

16 Vgl. Materialien zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, a. a. O. 1973, S. 18 f.

17 Materialien zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand – Thesen, Pläne, Gesetze. Vierte Folge: 1973 bis 1977, zusammengestellt und eingeleitet von Dr. Günter Halbach, Bonn 1977, S. 43 ff.

18 Ebenda, S. 48.

man kann vielleicht sagen, dass die Sache nach Schweden emigrierte. In die schwedische Diskussion eingebracht wurde sie von einem Deutschen, von Rudolf Meidner, der 1933 nach dem Reichstagsbrand in Schweden Zuflucht gefunden hatte und später einer der bedeutendsten Theoretiker der LO (Landesorganisation der Gewerkschaften), des schwedischen Gegenstücks zum DGB, geworden ist.

### *... und in Schweden*

Etwa ein Jahrzehnt lang war die schwedische Gesellschaft stark von der Debatte um die Arbeitnehmerfonds geprägt.<sup>19</sup> Die sozialdemokratische Partei SAP war von 1932 bis 1976 an der Regierung. Ein Eckpfeiler des schwedischen Sozialstaatsmodells war die sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik; sie beruhte auf aktiven Maßnahmen für Vollbeschäftigung in Verbindung mit der so genannten solidarischen Lohnpolitik. Hauptarchitekten dieser Politik waren die beiden LO-Mitarbeiter Gösta Rehn und Rudolf Meidner.

Ausgangs der 1960er Jahre wurde jedoch klar, dass die solidarische Lohnpolitik auch negative Folgen für die Kraft der Arbeiterklasse mit sich brachte. In hochprofitablen Branchen bedeutete dies, dass die Kapitaleigner noch höhere Profitraten erzielten, »Extra-profite« geheiß. Sichtbar wurde, dass im sozialdemokratischen »Volksheim« zwar der Lebensstandard der Arbeiterklasse rasch gestiegen, zugleich aber die Konzentration von Kapital, Besitz und Macht bei den großen Kapitaleignern im Anstieg war. In den späten 1960er Jahren verwies in Schweden auch eine Welle von außer Kontrolle der LO geratenen wilden Streiks auf den Fakt, dass höherer Lebensstandard, soziale Versorgung usw. nicht auch Demokratisierung der Arbeitsstellen, Mitbestimmung, reale Macht, realen Einfluss usw. bedeuteten hatten.

Die LO musste etwas tun, um dieser Lage zu begegnen. Einem Beschluss des LO-Kongresses von 1971 folgend, berief der LO-Vorstand eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Rudolf Meidner ein. Im August 1975 unterbreitete die Arbeitsgruppe ihren ersten Vorschlag.<sup>20</sup> Dieser erste Bericht lenkte den Blick unmittelbar auf die bestehenden Macht- und Eigentumsverhältnisse und deren grundsätzliche Umgestaltung. Im »Meidner-Vorschlag« wird gesagt, dass Arbeitnehmerfonds den Hauptzweck haben, das schwedische Unternehmenseigentum zu demokratisieren und dass kollektive Arbeitnehmerfonds mit der Zeit die Aktienmehrheit der Großunternehmen erwerben werden.

Vorgeschlagen wurde ein Modell der Gewinnbeteiligung, das die Eigentums- und Machtstruktur der Unternehmen umschalten, aber ihre Liquidität nicht beeinträchtigen würde. Einflüsse aus der DGB-Diskussion zur Vermögensbildung sind leicht ersichtlich. Nach dem Meidner-Vorschlag sollte ein bestimmter Teil der Jahresgewinne von Großunternehmen (die Arbeitsgruppe sprach von 20 %) den Arbeitnehmerfonds in Gestalt von neu emittierten Unternehmensaktien zufließen. Damit würden die Gewinne nicht aus dem Unternehmen abwandern, sondern Produktivvermögen bleiben. Der Umfang der Neuemission ließe sich aus dem Verhältnis der errechneten Summe zum Gesamt des Aktienbestands ermitteln. Von individuellen Zertifikaten wurde, wie bei den deutschen Vorschlägen, Abstand genom-

19 Zur schwedischen Debatte um die Arbeitnehmerfonds siehe meine Doktordissertation: Stefan Sjöberg: Löntagarfondsfrågan – en hegemonisk vändpunkt. En marxistisk analys (Die Arbeitnehmerfonds-Debatte – ein hegemonialer Wendepunkt. Eine marxistische Analyse), Uppsala 2003. Für eine deutschsprachige Einführung vgl. Stefan Sjöberg: Kollektivfonds als eine Strategie für die Wirtschaftsdemokratie: Lehren aus der Geschichte der schwedischen »Arbeitnehmerfonds« für die Zukunft, in: Sozialismus 5/2004.

20 Vgl. Rudolf Meidner mit Anna Hedborg und Gunnar Fond: Löntagarfonder, Stockholm 1975.

men, mit der Begründung, diese würden konsumiert werden und somit nicht zu einem realen Wandel der grundlegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse beitragen. Das Fondssystem sollte nur Großunternehmen mit mindestens 50 bis 100 Beschäftigten erfassen, weil Macht und Eigentum bei diesen Unternehmen konzentriert seien.

Die Arbeitnehmerfonds sollten, dem Vorschlag zufolge, von den Beschäftigten durch ihre Gewerkschaften kontrolliert und die Fondsvorstände von Gewerkschaftsvertretern berufen werden. In den verschiedenen Wirtschaftszweigen und -sektoren sollte eine Reihe von Fonds so aufgebaut werden, dass alle Großunternehmen je eines Zweiges erfasst würden. Die Fondsvertreter in den jeweiligen Unternehmensvorständen sollten von den Fondsvorständen und den lokalen Gewerkschaften gemeinsam berufen werden. Für die Ebene der Arbeitsstellen wurde weit reichende Selbstbestimmung vorgeschlagen mit der Bemerkung, der Vorschlag solle als Ergänzung, nicht als Gegensatz zur Mitbestimmungslinie und einem entsprechenden (1977 implementierten) Gesetz betrachtet werden. Dieses ursprüngliche Arbeitnehmerfonds-Modell hätte bedeutet, dass der Anteil der kollektiven Fonds an den Großunternehmen allmählich gegenüber den privaten Anteilen zugenommen hätte. Nach der Einschätzung der Arbeitsgruppe wären die schwedischen Großunternehmen binnen 20 bis 40 Jahren mehrheitlich im Besitz und unter Kontrolle der Arbeitnehmerfonds gewesen.

Im Juni 1976 wurde eine überarbeitete Fassung dieses Vorschlags vom LO-Kongress angenommen.<sup>21</sup> Die mächtige Zentralgewerkschaft, in der etwa 90 % aller Arbeiter organisiert waren, stand nun hinter den auf Wirtschaftsdemokratie abzielenden Arbeitnehmerfonds.<sup>22</sup> Die gesamte Organisation, von der Basis bis zur Spitze, war sehr enthusiastisch. In der LO-Verbandspresse konnte man Schlagzeilen lesen wie »Mit den Fonds kommen wir an die Macht!« und »So werden wir die Kapitaleigner entmachten.«<sup>23</sup> In einem Interview für den schwedischen Rundfunk erklärte Meidner unter Hinweis auf Marx und Wigforss, seiner Ansicht nach sei reale Wirtschaftsdemokratie nicht möglich, ohne die grundlegenden Eigentumsverhältnisse zu ändern.

Im September 1976 verloren die Sozialdemokraten die Parlamentswahlen. Die SAP erhielt 0,8 Prozentpunkte weniger Zustimmung als bei den vorigen Wahlen. Dieser Verlust bedeutete, dass der SAP erstmals seit 44 Jahren die Regierungsmacht genommen wurde. In der sozialdemokratischen Partei, speziell in der Führung, herrschte verbreitet Skepsis gegenüber den Arbeitnehmerfonds. Sie wurden als Abweichung vom klassischen Reformismus angesehen. Ministerpräsident Olof Palme Haltung zur gesamten Idee der Arbeitnehmerfonds erschien oft sehr ambivalent. Viele meinten, die Niederlage sei auf die Fonds-Angelegenheit zurück zu führen. Dann zeigte sich jedoch, dass die Atomenergie-Debatten eine größere Rolle gespielt hatten als die über die Arbeitnehmerfonds.

Die kommunistische Partei VPK hatte sich anfangs gleichfalls abseits gehalten, von links her weitere Kritik geübt und nicht mit der Sozialdemokratie mitziehen wollen. Die Kritik seitens der VPK ähnelte jener der deutschen IG Metall. Die VPK war für direkte Nationalisierung, aktiven Lohnkampf und radikale Mitbestimmung.

21 Kollektiv kapitalbildning genom löntagarfonder, Rapport till LO-kongressen, Lund 1967.

22 Zum Inhalt dieser Empfehlungen siehe in deutscher Sprache: Rudolf Meidner: Kollektive Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand als Instrument der Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik, Wissenschaftszentrum Berlin (West) 1981.

23 Vgl. Stefan Sjöberg: Löntagarfondsfrågan, a. a. O., S. 130 ff.

Ein weiterer wichtiger Akteur war die Angestelltengewerkschaft TCO, die sich zunächst positiv zu den Arbeitnehmerfonds verhielt, aber später von inneren Konflikten gelähmt wurde.

Für die Akteure und die Presse der Bourgeoisie waren die ursprünglichen LO-Vorschläge für Arbeitnehmerfonds von 1975/76 schockierend. Knallige Schlagzeilen lauteten: »Revolution in Schweden!« und, unter einem Bild von Rudolf Meidner: »Ist dies der gefährlichste Mensch in Schweden?« Die Konservativen (die *Moderaterna*) hatten von Anfang an zu allen Formen von Kollektivfondsbildung »Nein« gesagt und den ursprünglichen Vorschlag als »Sozialisierung« der schwedischen Unternehmen angesehen. Die liberalen Parteien (die *Folkpartiet* und die *Centerpartiet* der Landwirte) waren anfangs offener für Diskussionen über Fonds und deren Form. Nach innerer Mobilisierung zogen der Unternehmerverband SAF und andere Organisationen mit gewaltigem Aufwand in den ideologischen Kampf. Es folgte eine Reihe von Kampagnen gegen die Fonds, und zu Beginn der 1980er Jahre waren alle bedeutenden bürgerlichen Akteure in Schweden vereint gegen die »Sozialistenfonds«.

Nach der Wahlniederlage von 1976 bildeten LO und SAP gemeinsame Arbeitsgruppen, um die Arbeitnehmerfonds-Initiative neu zu bewerten. 1983 reichte die nun wieder regierende SAP eine die Arbeitnehmerfonds betreffende Regierungsvorlage ein, die dann vom Parlament angenommen wurde.<sup>24</sup>

Allerdings unterschied sich die implementierte Arbeitnehmerfonds-Initiative sehr von den ursprünglichen Vorschlägen der LO. Das Anliegen der Wirtschaftsdemokratie und das Ziel, die Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern, waren ausgeblendet. Die Fonds sollten *nicht* auf das mehrheitliche Eigentum an den Unternehmen abzielen, sondern höchstens jeweils 40 % der Anteile an einer Firma erwerben dürfen. Die Gewinnanteile sollten nicht mehr als Wertpapiere transferiert werden, sondern als Geldbeträge, die dann in die Industrie zu investieren wären. Der Hauptzweck war nunmehr, die Unternehmen mit Risikokapital zu versorgen. Als 1991 wieder eine nichtsozialistische Allianz die Regierung übernahm, bestand eine ihrer ersten Amtshandlungen darin, die inzwischen akkumulierten Arbeitnehmerfonds zu liquidieren.

### Die Hegemoniefrage

Während es die gespaltene schwedische Arbeiterbewegung veräumte, einen hegemonialen Block zu formieren, schaffte es der (erweitert verstanden) bürgerliche Block rechtzeitig, eine vereinte Hegemonialkraft im Sinn von Gramscis Begriff<sup>25</sup> zu bilden. In den hegemonialen Kampf um die Arbeitnehmerfonds traten somit nach Stärke und Machtressourcen unterschiedene Subjekte, wobei es der vereinte Bürgerblock rechtzeitig schaffte, eine gespaltene Arbeiterbewegung in die Defensive zu drängen. Immer entschiedener in Argumenten und Erklärungen, fester in seinen Positionen – unterstützt auch von dem internationalen Rechtsschwenk, wie er von der britischen Premierministerin Margaret Thatcher und US-Präsident Ronald Reagan repräsentiert wurde –, intensivierte er den Angriff auf die Arbeitnehmerfonds, und zugleich geriet die gespaltene Arbeiter-

24 Regeringens proposition 1983/84:50: Löntagarförder.

25 Vgl. Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Berlin-Hamburg 1991-2002, darin z. B.: H. 13, § 1, 1536 zur »Übereinkunft der assoziierten Willen«. Vgl. für eine gedrängte Gesamtschau auf den Begriff den Eintrag »Hegemonie« in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6/1, 1-29, Hamburg 2004.

bewegung immer mehr in die Defensive, und ihre Argumente wurden immer schwächer. Eine gesplante Arbeiterbewegung kann einer vereinten bürgerlichen Kraft nicht Stand halten, und das ist grundsätzlich zu beachten, wenn man Erklärungen finden will für die allmähliche Abwandlung der Fonds und letztlich den Sieg der Bourgeoisie. Die Implementierung der ursprünglichen LO-Vorschläge von 1975/76 hätte eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in Richtung Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus – als einer Ordnung mit dominantem Gemeineigentum und gemeinschaftlichem Besitz an Großunternehmen – bedeutet. Die Klasseninteressen der Bourgeoisie waren bedroht, und ein Hegemonialblock wurde mobilisiert, um die Arbeiterbewegung unter Gegendruck zu setzen.

Um die Wandlungen und den Ausgang zu verstehen, müssen auch die gewandelten Bedingungen der schwedischen und der Weltwirtschaft berücksichtigt werden. Wie die deutsche, hatte auch die schwedische Nachkriegswirtschaft derart große Ergebnisse erzielt, dass sowohl der Lebensstandard der Arbeiterklasse als auch der Vermögenszuwachs für die Eigner gesteigert werden konnten. Das war der gemeinsame Hintergrund für das Anliegen der kollektiven Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand. Doch als die schwedischen Arbeitnehmerfonds endlich implementiert wurden, hatten sich die Dinge verändert. Die Weltwirtschaft – und in großem Maß auch die vom Export abhängige schwedische Wirtschaft – befand sich, von Ölkrisen betroffen, nicht mehr in der Situation wachsender »Extraprofite«. Auch das erklärt, weshalb die Zielrichtung der Arbeitnehmerfonds so, wie geschehen, verschoben wurde. Man kann sehen, dass ökonomische Faktoren Ausschlag gebend auf die politische und ideologische Entwicklung einwirkten.

In Sachen der Vermögensbildung lassen sich Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen dem deutschen und dem schwedischen Fall kennzeichnen. Ein fundamentaler Unterschied war, dass in Deutschland die deutsche SPD Kompromisse mit der FDP suchen musste, während die SAP in Schweden »nur« die passive Unterstützung der kommunistischen Partei VPK zu erreichen brauchte. Immerhin fasste in Deutschland die SPD einen Parteitagsbeschluss für kollektive Vermögensbildungsfonds mit Gewinnbeteiligung in Aktien, und wenn die schwedische SAP das auch machte, dann betraf das eine revidierte Form und erweckte den Eindruck, dass man eher der LO entgegen kommen wollte, um die historisch außergewöhnliche Spaltung zwischen Partei und Gewerkschaft zu überwinden.

In Schweden machte sich die SAP nie den ursprünglichen radikalen Vorschlag für Arbeitnehmerfonds zu eigen, während in Deutschland die SPD-Position dem DGB sehr nahe kam – mit dem Unterschied, dass der DGB ursprünglich zu einer kollektiven Lösung ohne individuelle Zertifikate neigte. Somit scheinen DGB und SPD besser zu einer gemeinsamen Plattform gelangt zu sein als LO und SAP. Ein anderer Aspekt war die innere Spaltung im DGB, wo die IG Metall energisch gegen kollektive Vermögensbildungsfonds auftrat. In Schweden war umgekehrt die Gewerkschaft *Metall* die treibende Kraft hinter den ursprünglichen Arbeitnehmerfonds-Initiativen.

Wie kam das? Die IG Metall war für die Mitbestimmungslinie, sie strebte eine qualifiziert-paritätische Mitbestimmung an, ohne zu ver-



suchen, die Eigentumsverhältnisse zu verändern. Zugleich wurde eine aktive Lohn- und Steuerpolitik gefordert. Man kann sagen, dass die IGM seinerzeit für eine Art von Funktionssozialismus war, während die schwedische *Metall* eine marxistisch beeinflusste Eigentumslinie vertrat, mit direkter Zielrichtung auf Veränderungen in den Grundstrukturen des Eigentums an Kapital und Produktionsmitteln. Man kann das natürlich darauf beziehen, dass *Metall* den im Kern das System transformierenden Charakter des ursprünglichen LO-Vorschlags – mit obligatorischer Gewinnbeteiligung in Aktien und ohne individuelle Zertifikate – erkannt hatte, während die IGM befürchten konnte, dass die relativ schwache SPD nie fähig wäre, derartige Vorschläge zu implementieren, und die ganze Sache dann den aktiven Kampf für Löhne, Mitbestimmung usw. schädigen würde. Weiter erhebt sich die Frage, ob nicht ein Aspekt der fundamental unterschiedlichen Positionen von IGM und *Metall* darin bestehen könnte, dass die IG Metall nicht so stark in eine solidarische Lohnpolitik eingebunden war wie die schwedische *Metall*. Wenn ja, könnte das bedeuten, dass *Metall* die Arbeitnehmerfonds als günstig für die Solidarität des gesamten LO-Kollektivs ansah – das war wirklich eine Richtschnur für die Arbeitsgruppe –, während die IG Metall sie als nachteilig im Lohnkampf für ihre eigenen Mitglieder betrachten konnte.

Das bedarf natürlich weiterer Nachprüfung. Aus den Erfahrungen mit kollektiven Vermögensbildungsfonds in Schweden und Deutschland kann man die Folgerung ziehen, dass die Arbeiterbewegung und die im weiten Sinn verstandene Linke, um solch eine das System transformierende Strategie implementieren zu können, als Hegemonialkraft fungieren müssen. Sobald die Arbeiterbewegung die Frage nach Umgestaltung der grundlegenden Macht- und Eigentumsverhältnisse stellt, wird sie auf eine vereinte bürgerliche Hegemonialkraft stoßen. Um fähig zu sein, die Sache der kollektiven Vermögens- und Fondsbildung und weiter der Wirtschaftsdemokratie erneut auf die Tagesordnung zu setzen, muss die Linke offenbar realen Druck auf die sozialdemokratische Arbeiterbewegung ausüben. Dazu müssen die »alten« Linksparteien die Beziehungen zu den neuen Sozialbewegungen verbessern und festigen und die Frage nach einer anderen Ordnung stellen. Die Linksparteien haben hier die Verantwortung, sowohl den neuen Bewegungen als auch der Sozialdemokratie strategische Alternativen vorzustellen. Auf diese Weise könnte der sozialdemokratischen Linken geholfen werden, ihre Bewegung zu radikalisieren.

### *Eine Strategie für die Zukunft? Gewerkschaftliche Pensionsfonds und Gesellschaftsfonds*

In den letzten Jahrzehnten ist es um die Sache der Wirtschaftsdemokratie fast ganz still geworden, auch in der Arbeiterbewegung. Dennoch scheint diese Sache heute so bedeutsam zu sein wie zuvor. Die Kapitalakkumulation und die Konzentration von Macht und Eigentum bei den großen Kapitaleignern ist für die Linke von heute ein entscheidender Gegenstand der Auseinandersetzung.

Wird an neuen Strategien für Wirtschaftsdemokratie gearbeitet, dann sollten sich nützliche und wichtige Elemente in den deutschen

26 Das ist ein im Euro-kommunismus der 1970er Jahre z. B. von Palmiro Togliatti in der italienischen KP ausgearbeitetes Konzept.

27 Dieses Konzept ist entwickelt in: Michael Brie, Michael Chrapa, Dieter Klein: Sozialismus als Tagesaufgabe, Berlin 2002; siehe auch: Michael Brie, Dieter Klein: Die Wege – Revolution, Reform, Transformation – marxistisch inspirierte Überlegungen, Rio de Janeiro 2004, sowie: Dieter Klein: Einstiegsprojekte in einen alternativen Entwicklungspfad, Berlin 2004.

28 Richard Minns: The Social Ownership of Capital, in: New Left Review, Nr. 219, 1996.

29 Robin Blackburn: Banking on Death, Or Investing in Life: The History and Future of Pensions, London 2002.

und schwedischen Fondsstrategien finden lassen. Die Strategie kollektiver Vermögensbildungsfonds ist ein struktureller Reformismus,<sup>26</sup> der – im Gegensatz zum klassischen sozialdemokratischen Reformismus – darauf abzielt, den Kern des Kapitalismus, das Privateigentum an Kapital und Produktionsmitteln, grundsätzlich zu verändern. Es geht um einen strukturellen Reformismus, der die kapitalistische Produktionsweise revolutioniert, und zwar nicht durch unmittelbaren Bruch bei bestimmter Gelegenheit, sondern in einem weit reichenden Transformationsprozess.<sup>27</sup>

In den letzten Jahren wurde erneut über kollektive Vermögensbildungsfonds diskutiert, bisher hauptsächlich unter linken Intellektuellen, aber in gewissem Maße auch in den Gewerkschaften. Zu dieser Diskussion um die Möglichkeit, kollektive Pensionsfonds auf progressive Weise zu verwenden, haben Theoretiker aus Großbritannien wie Richard Minns<sup>28</sup> und Robin Blackburn<sup>29</sup> besonders wichtige Beiträge geleistet.

Andere, nicht auf öffentliche und kollektive, sondern auf private und individuelle Basis gegründete Pensionsfondssysteme sind neuerdings in mehreren Ländern Europas wie auch in anderen Weltteilen implementiert worden. In den Riesensummen des von Arbeitern akkumulierten Pensionsvermögens liegt ein potenzieller Beitrag zur Entwicklung einer auf Fonds gegründeten Strategie für Wirtschaftsdemokratie. Im Anschluss an Marx kann man sagen, dass das Kapital immer mehr gesellschaftlichen Charakter annimmt – z. B. in dem Sinn, dass das Pensionskapital ein Vermögen von Millionen Pensionsparern ist –, während das Eigentum daran, seinen Bedingungen nach, noch immer privaten Charakter hat. Es erscheint vernünftig, dass die Gewerkschaften selbst kollektive Pensionsfonds einrichten, wo ihre Mitglieder freiwillig ihr Pensionsvermögen anlegen können, statt es an privat gesteuerte Institutionen, Investoren und Börsenjobber wegzugeben. Die Fondsvorstände könnten dann, wie nach dem Meidner-Modell, von den Gewerkschaftskongressen demokratisch gewählt werden. Die gewerkschaftlichen Fonds würden das Kollektivvermögen in Unternehmen und verschiedenen Sparten von Handel und Gewerbe investieren. Ebenfalls wie nach dem Meidner-Modell könnten die Fondsvetreter in den Unternehmensvorständen von den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern der jeweiligen Unternehmen berufen werden. Die gewerkschaftlichen Fonds könnten ihre Verantwortlichkeit als Eigner sowie die Macht und den Einfluss, die aus dem Aktienbesitz erwachsen, beispielsweise dazu nutzen, die Schließung profitabler Unternehmen oder die Verlagerung von Produktionen in Niedriglohnländer zu verhindern. Da die Fonds demokratisch geleitet würden, könnten die Verwalter zu verantwortungsbewusstem, soziale und ethische Aspekte achtenden Investieren angehalten werden.

Wenn Gewerkschaften möglicherweise ihre eigenen Pensionsfonds einrichten und ihren Mitgliedern anbieten, das Pensionsvermögen dort anzulegen, würde das natürlich bedeuten, dass die Arbeiter über ihre Gewerkschaften ein ungeheuer hohes Kollektivkapital in Händen hätten. Darin liegt ein aktuelles Potenzial für reale Macht und realen Einfluss der Arbeiterbewegung. Wenn sie wollten, könnten die Arbeitergewerkschaften tatsächlich das Eigentum an Großunter-

nehmen auf diese Weise an sich bringen, sozusagen »aus dem Innenleben« des kapitalistischen Systems heraus.

Wichtig ist es auch, sich über Mängel und Probleme solch einer Fondsstrategie klar zu werden. Ein bedeutender Einwand betrifft, dass die Fonds Aktien kaufen und damit sowohl zur Marktspekulation als auch zu den Unternehmensprofiten beitragen. Es gibt auch die Gefahr, dass gewerkschaftliche Fonds letztlich nur dem privaten Business Risikokapital liefern und nicht wirklich auf Mehrheitseigentum sowie auf reale Macht und realen Einfluss an den Arbeitsstellen abzielen. Alternativ schlägt Robin Blackburn vor, dass die Fonds auch in öffentliche Obligationen investieren könnten. Das würde natürlich die Risiken begrenzen, und es könnte erheblich zu den notwendigen Investitionen in die öffentlichen Infrastrukturen, das Gesundheits- und das Bildungswesen usw. beisteuern. Wenn man wirklich will, dass die Fonds die Macht- und Eigentumsverhältnisse grundsätzlich verändern, ist es jedoch natürlich auch notwendig, die Besitzanteile am Kapital im Unternehmen zu ändern. Eine ergänzende Alternative ließe sich als Gesellschaftsfonds bezeichnen.<sup>30</sup> Die Vorstellungen von Gesellschaftsfonds sind, außer von Meidner, aktuell von G. D. H. Cole beeinflusst, dem wichtigsten britischen Theoretiker des Gilden-Sozialismus. Denkbar sind auf regionaler Basis gebildete Gesellschaftsfonds »in Besitz« der demokratisch vom Volk gewählten regionalen oder nationalen Parlamente, mit einem Ausgleichsfonds, der regionalen Ungleichheiten entgegenwirkt. Die parlamentarischen Körperschaften könnten jeweils den Fondsvorstand berufen, und wenn die Fonds ein Ausmaß erreichen, das zu Vertretungen in Unternehmensvorständen führt, könnten diese gemeinsam von den Fonds und den Beschäftigten an den Arbeitsplätzen der betreffenden Unternehmen berufen werden. Die Kapitalzufuhr könnte, wie in Meidners Modell, durch einen bestimmten Anteil an den Unternehmensgewinnen in Gestalt neu emittierter Aktien des Unternehmens erfolgen. Mit diesem Gewinnbeteiligungsmodell ließe sich die Eigentums- und Machtstruktur von Unternehmen umschalten, ohne deren Liquidität zu beeinträchtigen, denn die Gewinne würden nicht aus dem Unternehmen abfließen, sondern Produktivvermögen bleiben.

Eingebaut wäre damit eine Strategie für das demokratische Transformieren des privatkapitalistischen Eigentums und der entsprechenden Macht in demokratisches Gemeineigentum und den Entsprechungen an Macht und Einfluss (im mittleren und langfristigen Zeitraum von Jahrzehnten). Das könnte eine Fondsstrategie für Wirtschaftsdemokratie sein, welche die Balance des Gilden-Sozialismus zwischen öffentlicher Macht und Arbeitermacht mit jener zwischen Makrozielrichtung auf die Eigentumsverhältnisse und Mikrozielrichtung auf Macht und Einfluss an der Arbeitsstelle verbindet. Dieses Machtteilungs-Modell könnte auch den Gruppenegoismus in erfolgreichen Unternehmen umgehen. Das Grundprinzip des Fonds wäre eher »Ein Bürger – eine Stimme« als »Ein Gewerkschafter – eine Stimme«.<sup>31</sup> Einige Basisstrukturen des angestrebten neuen Gesellschaftssystems wären bereits im Aufbau des Fonds-Modells angelegt. Dies ist ein struktureller Reformismus, bei dem das neue System aus dem inneren Kern, dem Kapi-

30 Stefan Sjöberg: Samhällsfonder, in: Vänstern, ägandet och makten, a. a. O.; siehe auch Ders.: Kollektivfunds, a. a. O., bes. S. 35.

31 In der schwedischen Debatte um Arbeitnehmerfonds gab es auch Vorschläge für eine Art von »Bürgerfonds«, z. B. von Walter Korpi.

taleigentum selbst, hervor wächst und das kapitalistische System von dorthier transformiert.

In der globalisierten Wirtschaft von heute erscheint es unmöglich, solche Strategien allein auf regionale bzw. nationale Basen zu gründen. Transnationale Unternehmen und Finanzinstitute würden, wie zuvor in der Geschichte, machtvolle Gegenmaßnahmen ergreifen und damit die Gesellschaftsfonds ernstlich behindern bzw. verhindern, dass diese etwas an den Macht- und Eigentumsstrukturen ändern. Vorstellbar sind zu einem internationalen System vernetzte und auf irgendeiner internationalen Ebene implementierte regionale und nationale Fonds. Solch ein System könnte eine Gegenmacht unter vielen anderen gegen das globale Kapital werden, und es wäre mit Sicherheit weit mächtiger als etwa die in den letzten Jahren diskutierte so genannte »Tobin-Steuer«. Heute muss man natürlich beachten, dass derartige Kollektivfonds-Strategien in weiter Ferne liegen. Aber es erscheint wichtig, wenigstens mögliche konkrete Elemente zu kennzeichnen und die Diskussion auszulösen, um diese Sachen auf die Tagesordnung zu setzen und zu zeigen, dass die Strategie für Wirtschaftsdemokratie mehr ist als eine verschwommene Utopie.

Aus dem Englischen übersetzt von JOACHIM WILKE (Zeuthen)